

Zur Einordnung der Ergebnisse der Überschuldungsstatistik 2006

Um Erkenntnisse über die in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Personen zu erhalten, haben das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und das Statistische Bundesamt 2005 beschlossen, eine Befragung der Schuldnerberatungsstellen auf freiwilliger Basis vorzunehmen. Inzwischen liegen die Ergebnisse für das Beratungsjahr 2006 vor.¹

1. Erkenntnisziel

Die Erwartungen, die an die neue Erhebung, wie sie vom Statistischen Bundesamt formuliert wurden, sind hoch. So will man Erkenntnisse gewinnen:

- über die Zusammensetzung überschuldeter Privathaushalte,
- über Schuldenarten und Ursachen für die finanzielle Misere,
- über die Personalausstattung der Beratungsstellen,
- über die Nachfrage nach den Dienstleistungen der Beratungsstellen,
- über eine erfolgreiche Begleitung der beratenen Personen,
- über Wartezeiten und
- die Dauer der Beratung.

Ein genereller Informationsbedarf zur Verbesserung der Sozialberichterstattung ist hier unbestritten. Er besteht nicht nur im Hinblick auf den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

2. Datengrundlage

Einbezogen wurden in diese Erhebung die 933 Beratungsstellen, die unter der Trägerschaft der Wohlfahrts- und Verbraucherverbände oder der Kommunen stehen oder Mitglied in einem dieser Verbände sind. Nicht befragt wurden die privaten oder kommerziellen Beratungsstellen.

Die Erhebung ist freiwillig. Sie setzt bei den Beratungsstellen eine gewisse technische Ausrüstung voraus. Darüber hinaus ist die Einbeziehung der Daten beratener Personen nur dann zulässig, wenn diese hierzu ihre Einwilligung erklärt haben.

Hinsichtlich der Grundgesamtheit der Überschuldungsstatistik ist folgendes zu beachten: Die beratenen und von der Beratungsstelle gemeldeten Personen müssen nicht alle überschuldet sein. Einzelne Personen suchen eine Beratungsstelle auch deshalb auf,

- weil sie mit ihren finanziellen Problemen überfordert sind,
- weil eine vorübergehende Zahlungsstörung eingetreten ist oder

¹ Die folgende Darstellung der Überschuldungsstatistik basiert auf: Angele, J.: Überschuldung privater Haushalte im Jahr 2006, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/2007, S. 948ff.

- weil sie mit den Folgen einer vorangegangenen Zahlungsunwilligkeit konfrontiert sind.

3. Beteiligung

a) generelle Beteiligung

Von den 933 Schuldnerberatungsstellen, die durch die Wohlfahrts- oder Verbraucherverbände organisiert sind oder einer Kommune angehören, haben bisher 28,3% (264) aller Beratungsstellen ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der Erhebung signalisiert.

Laut Statistischem Bundesamt haben viele davon erst im Laufe des Jahres 2006 die notwendige technische Ausrüstung für eine Teilnahme erwerben können. Tatsächlich haben dann bei der Erhebung 2006 124 Beratungsstellen teilgenommen. Das bedeutet anders formuliert, dass von 86,7% der Beratungsstellen keine Daten vorliegen.

Die teilnehmenden Schuldnerberatungsstellen hatten Ende 2006 insgesamt 46 850 Personen in Beratung oder hatten deren Beratungen im Laufe des Jahres 2006 abgeschlossen. Bei 33 141 Personen konnte das Einverständnis dafür eingeholt werden, dass die Daten für statistische Zwecke verwendet werden dürfen. Dies entspricht einem Anteil von 70,7% an allen beratenen Personen der 124 teilnehmenden Schuldnerberatungsstellen. Der Anteil der berücksichtigten Beratungen an allen im Bundesgebiet durchgeführten Beratungen lässt sich nicht ermitteln, da die Gesamtzahl der Beratungen unbekannt ist.

Im Hinblick auf die Überschuldungsstatistik 2007 geht das Statistische Bundesamt davon aus, dass sich weitere Beratungsstellen an der Erhebung beteiligen werden, sodass dann von einer Datenbasis von über 50 000 Personen ausgegangen werden kann.

b) regionale Verteilung der beteiligten Stellen

Die Beteiligung der Beratungsstellen ist über das Bundesgebiet nicht gleich verteilt, sondern regional sehr unterschiedlich. Während die Beratungsstellen in Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein und Thüringen bereits vollständig teilnehmen, ist in Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und im Saarland mit einer vollständigen Teilnahme erst bei der nächsten Erhebung zu rechnen.

Nordrhein-Westfalen, wo rund 22% aller Beratungsstellen beheimatet sind, ist nur mit einer Beratungsstelle beteiligt, was einem Anteil von 0,1% aller Beratungsstellen und 1,1% an den gemeldeten Beratungen entspricht. Generell liegt die Teilnahmequote der südlichen Bundesländer gemessen an allen Beratungsstellen jeweils unter 0,5%.

4. Konsequenzen der Beteiligung für die Aussagekraft der Überschuldungsstatistik

Wegen der regionalen Schieflage der Beteiligung stammen rund 75% der ausgewer-

teten Daten, die sich auf beratene Personen beziehen, aus den drei Bundesländern Berlin, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Obwohl in diesen drei Ländern alle Beratungsstellen (=94) an der Erhebung teilgenommen haben lagen hier nur von 87,2% dieser Beratungsstellen (=82) Daten zur Auswertung vor. Damit beträgt der Anteil der Beratungsstellen mit auswertbaren Daten aus den drei Ländern Berlin, Schleswig-Holstein und Thüringen an allen Beratungsstellen zusammen 8,8%.

Das bedeutet für die Ergebnisse der Überschuldungsstatistik 2006:

Derzeit beeinflussen 8,8% aller Beratungsstellen

- rund $\frac{2}{3}$ der Ergebnisse, die sich auf die Beratungsstellen beziehen, und
- rund $\frac{3}{4}$ der Ergebnisse die sich auf die beratenen Personen beziehen.

Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass hier einerseits regionale Verzerrungen vorliegen. Andererseits wäre zu prüfen, ob bei den erhobenen Daten nicht auch Verzerrungen hinsichtlich der Struktur der Beratungsstellen vorliegen. Es könnte sein, dass die Struktur der Beratungsstellen in den „ergebnisdominierenden Bundesländern“ von derjenigen des Bundesgebietes abweicht. Hinzu kommt, dass die wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse im Süden und Westen anders strukturiert sind als im Norden und Osten und damit möglicherweise andere Anforderungen an die jeweiligen Beratungsstellen gestellt werden.

5. Schlussbemerkungen

Die vorgelegten Ergebnisse der Überschuldungsstatistik 2006 liefern kein repräsentatives Bild über die generelle Situation überschuldeter Haushalte und die Situation der Schuldnerberatungsstellen. Rund 87 % der Beratungsstellen haben sich an der Erhebung nicht beteiligt. Außerdem sind die vorliegenden Daten regional und vermutlich auch strukturell verzerrt. Für Entscheidungen in Politik und bei den Fachverantwortlichen können sie daher nur Anhaltspunkte liefern.

Wegen der bisher relativ geringen Teilnahme und weil viele überschuldete Personen die Dienste der Beratungsstellen nicht in Anspruch nehmen, kann man mit dieser Erhebung die Gesamtzahl der überschuldeten Personen oder Haushalte nicht bestimmen. Das Statistische Bundesamt weist darauf hin, dass den Auftraggebern der Überschuldungsstatistik dies bei der Planung bereits bewusst war.

Es bleibt zu hoffen, dass sich in den nächsten Jahren noch möglichst viele Beratungsstellen zu einer Teilnahme an der Erhebung motivieren lassen und damit die Datenqualität verbessert werden kann.

Sollte sich die Datenbasis und regionale Streuung der teilnehmenden Beratungsstellen nicht verbessern lassen, so wäre zu prüfen, ob man die Auswertung nur für einzelne Länder macht, bei denen die Teilnahmequote hoch war. So haben in Berlin 91,3%, in Schleswig-Holstein 89,7% und in Thüringen 81,3% der Beratungsstellen auswertbare Daten für die Überschuldungsstatistik 2006 geliefert.

Beratungsstellen und beratene Personen
Ergebnisse der Überschuldungsstatistik für das Berichtsjahr 2006

Land	Beratungsstellen ¹⁾		Beratungsstellen, die ihre Teilnahme bekundet haben		Beratungsstellen, die für 2006 gemeldet haben					
	absolut	Anteil an allen Beratungsstellen in %	absolut	Anteil an allen Beratungsstellen (Spalte 1) in %	Anzahl				beratene Personen	
					absolut	Anteil an den teilnehmenden Beratungsstellen in %	Anteil an allen Beratungsstellen des gleichen Bundeslandes in %	Anteil an allen Beratungsstellen (Spalte 1) in %	absolut	Anteil an den beratenen Personen in %
1	2	3	5	6	7	8	9	10		
Baden-Württemberg	82	8,8	8	0,9	3	2,4	3,7	0,3	859	2,6
Bayern	117	12,5	10	1,1	1	0,8	0,9	0,1	336	1,0
Berlin	23	2,5	23	2,5	21	16,9	91,3	2,3	6.071	18,3
Brandenburg	45	4,8	12	1,3	3	2,4	6,7	0,3	632	1,9
Bremen	12	1,3	3	0,3	0	0,0	0,0	0,0	0	0,0
Hamburg	13	1,4	11	1,2	8	6,5	61,5	0,9	1.448	4,4
Hessen	54	5,8	7	0,8	3	2,4	5,6	0,3	880	2,7
Mecklenburg-Vorpommern	43	4,6	23	2,5	9	7,3	20,9	1,0	1.691	5,1
Niedersachsen	122	13,1	32	3,4	10	8,1	8,2	1,1	1.741	5,3
Nordrhein-Westfalen	203	21,8	9	1,0	1	0,8	0,5	0,1	375	1,1
Rheinland-Pfalz	52	5,6	38	4,1	3	2,4	5,8	0,3	421	1,3
Saarland	15	1,6	15	1,6	0	0,0	0,0	0,0	0	0,0
Sachsen	54	5,8	3	0,3	0	0,0	0,0	0,0	0	0,0
Sachsen-Anhalt	27	2,9	3	0,3	1	0,8	3,7	0,1	82	0,2
Schleswig-Holstein	39	4,2	39	4,2	35	28,2	89,7	3,8	7.033	21,2
Thüringen	32	3,4	28	3,0	26	21,0	81,3	2,8	11.572	34,9
Deutschland	933	100,0	264	28,3	124	100,0	13,3	13,3	33.141	100,0

¹⁾ Mit Trägerschaft der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände oder Kommunen oder Mitglied in diesen Verbänden (ohne Zweigstellen).

Quelle: Wirtschaft und Statistik 10/2007, S. 949 und eigene Berechnungen.